

Die Einigung von Bund und Ländern auf eine Beschleunigung von Abschiebungen hatte das Land Thüringen abgelehnt und mit einer entsprechenden Protokollnotiz reagiert. Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, erklärte:

„Deutschland braucht keine ‚nationale Kraftanstrengung‘ für noch mehr Abschiebungen und keine weitere Verschärfung des Asylrechtes. Dies wird die Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen nicht erhöhen, sondern Ressentiments und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen weiter schüren. Eine ‚nationale Kraftanstrengung‘ hätte dem ‚Wir schaffen das.‘ folgen müssen, und zwar in Bezug auf Unterstützung der vielen ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten.“

Leistungen und Programme für eine erfolgreiche Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen, Regelungen für die sogenannten ‚Alt-fälle‘ und eine wirkliche Beteiligung

Entscheidung war richtig und wichtig

#keinsicheresLand

Unter dem Hashtag #keinsicheresLand hatten für den 11. Februar bundesweit zahlreiche Organisationen zum Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan aufgerufen. Auch in Thüringen hatten Kundgebungen und Mahnwachen, wie in Erfurt und Sömmerda, stattgefunden.

Die LINKE-Landtagsfraktion hatte die Protestaktionen unterstützt, die einhergegangen waren mit der Forderung an die Landesregierung, einen Afghanistan-Abschiebestopp zu erlassen und sich auf Bundesebene gegen die Einstufung Afghanistans als „sicheres Herkunftsland“ einzusetzen. „Ein anderer Hashtag - #einerfindetssicher - bringt die abstruse Politik der Bundesregierung auf den Punkt: #einerfindetssicher zielt konkret auf den Bundesinnenminister ab, der sich nur in schussicherer Weste, behelmt und in Panzerbegleitung in genau die Region traut, die er selbst als sicher bezeichnet und in die er zwar nicht Touristen, wohl aber Geflüchtete schicken will.“

Während der Bundestag 2016 beschließt, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu verlängern, wird einer Unterstützerin afghanischer Geflüchteter durch das Auswärtige Amt eine Reise in dieses Land untersagt. Wegen der Sicherheitslage“, so beschrieb Sabine Berninger die abstruse Situation.

Die UN sieht insbesondere für männliche Flüchtlinge die drohende Zwangsrekrutierung für Milizen als Fluchtgründe nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der UNHCR sprach

von einer sich 2015 verschlechterten Menschenrechtssituation und Sicherheitslage mit einer Rekordzahl konfliktbedingter ziviler Opfer. Der UNHCR hat seinen Bericht noch einmal aktualisiert und noch verschlimmerte Bedingungen nachgewiesen. Die Bundesrepublik aber schiebt Menschen zwangsweise dorthin ab, weil es dort angeblich „sichere Regionen“ gebe.

Leitbild Menschenrechte

„Eine solche Politik ist schäbig. Nicht nur unehrlich, sondern bewusst verlogen. Und erst recht - und das ist am Schlimmsten - zynisch, denn die EntscheiderInnen von Schwarz-Rot im Bund wissen sehr genau, was eine Abschiebung nach Afghanistan bedeutet. Drohende Verfolgung, drohende Inhaftierung, drohende Folter...“, so Sabine Berninger weiter.

Sie dankte für eine Initiative der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V., die sich per offenen Brief an die Landesregierung für einen Abschiebestopp nach Afghanistan einsetzt. Die LIGA appellierte dabei nicht einfach „nur“ für einen Erlass, sondern forderte ebenso wie der UNHCR, die Schutzgründe afghanischer Geflüchteter neu zu beurteilen. Und zwar auch in bereits entschiedenen Asylverfahren.

„Und das ist, was eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik ausmacht: nicht in Herkunftsländern sichere Regionen vorgaukeln oder sich hinter Rechtsbegriffen (wie „sichere Herkunftsländer“) verstecken, sondern tatsächlich Menschenrechte zum Leitbild der Politik zu machen, Schutzsuchenden auch tatsächlich Schutz zu gewähren und nicht, sie abzuschieben in Länder, in denen sie ihres Lebens nicht sicher sind.“ ■

KURZ UND PRÄGNANT

Equal Pay Day (EPD):

Die Abgeordneten der Linksfraktion beteiligen sich auch in diesem Jahr wieder am Equal Pay Day. Er markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts betrug die Lohnlücke gemessen am Durchschnittsbruttostundenlohn 21 Prozent. Umgerechnet ergeben sich 77 Tage (21 Prozent von 365 Tagen) und das Datum des nächsten EPD am 18. März 2017.

Palliativmedizin:

LINKE-, SPD-, Grüne- und CDU-Fraktion haben sich auf einen Antrag zur weiteren Verbesserung der Versorgung von Hospiz- und Palliativpatienten verständigt, der u.a. vorsieht, den Runden Tisch „Hospizarbeit und Palliativmedizin in Thüringen“ weiter zu entwickeln, Palliativteams in den Thüringer Krankenhäusern zu fördern und die ehrenamtliche Unterstützung Angehöriger von Schwerstkranken zu stärken.

Landestourismus:

„2017 ist tourismuspolitisch für die Region des Thüringer Waldes ausgesprochen wichtig. Mit den im zweiten Quartal zu präsentierenden Masterplan Wanderwegenetz und der Landestourismuskonzeption 2025 wird Rot-Rot-Grün auch im Rahmen des Reformationsjubiläums und des Deutschen Wandertags 2017 in Eisenach die Weichen für eine erfolgreiche touristische Entwicklung stellen“, so der LINKE Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

„Den von Merkel ausgerufenen Wettbewerb der Schäßigkeit im Umgang mit Geflüchteten dürfen wir nicht mitmachen.“

DIE LINKE.

Politik, Bewegung, Flucht, Integration und Solidarität
DIE LINKE im Thüringer Landtag

Deutschlands bei der Beseitigung von Fluchtursachen - das sind die Baustellen, wo die Bundesregierung endlich handeln sollte. Deswegen ist die Entscheidung Thüringens richtig und wichtig, sich an Konferenzen nicht zu beteiligen, die nur Schaufenster einer gescheiterten Flüchtlingspolitik sind. Den von Frau Merkel und der großen Koalition ausgerufenen Wettbewerb der Schäßigkeit im Umgang mit Geflüchteten dürfen VerfechterInnen einer menschenrechtsorientierten Politik nicht mitmachen.“

NACHRICHTEN

Protest gegen CETA

Die LINKE-Abgeordneten im EU-Parlament haben am 15. Februar das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada abgelehnt (s. Foto). Aber auch die massive demokratische Gegenwehr auf den großen Demonstrationen in Europa konnte es letztlich nicht verhindern. Die Fraktions- und Parteivorsitzende der Thüringer LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, hofft, dass keine Ratifizierung des Abkommens im Bundesrat erfolgt. Schon der Verhandlungsprozess war undemokratisch: die Vertragsunterlagen waren nur in Leseräumen einsehbar und öffentlich selbst für Abgeordnete nicht zugänglich. Besonders problematisch ist das Abkommen beim vertraglich geregelten Investorenschutz. So können Investoren Bankenregulierungen unterlaufen. Es erlaubt privaten Unter-



nehmen, gegen die Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen zu klagen. Der öffentliche Dienstleistungssektor wird erhöhtem Privatisierungsdruck ausgesetzt. CETA greift beim Beschaffungswesen für Kommunen oder bei Verkehrsdienstleistungen in die Länderhoheit ein und beengt die Spielräume für Kommunen. ■

Geschenk an Dienste

„Die Neuregelung des Bundesarchivgesetzes ist ein Geschenk an die Nachrichtendienste. Geheimniskrämerie wird noch einfacher, da die Dienste nun die volle Legitimation haben, selber zu entscheiden, welche Unterlagen sie für immer vernichten oder ins zentrale historische Gedächtnis der Bundesrepublik und seiner Behörden geben. Die Einschränkung der Abgabepflicht ist ein Rückschritt und nachteilig für Forschung und Journalismus. Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns werden so behindert“, kritisierte die Kulturpolitikerin der Linksfraktion im Landtag, Katja Mitteldorf. Das Gesetz, das jetzt den Bundesrat passiert hatte, war auch bei einer Anhörung im Bundestag auf schwere Bedenken gestoßen. ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der vom 22. bis 24. März und vom 5. bis 7. April. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Thüringen-Ausstellung:

Die Fraktion DIE LINKE ist am gemeinsamen Landtagsstand mit SPD und Grünen bei der Thüringen-Ausstellung auf der Erfurter Messe vom 4. bis 12. März in Halle 1, Abschnitt D04, zu finden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de